

Diskussion zum „Schutz vor gefährlichen Hunden novellieren“, 20.03.2012

Claudia Hämmerling (MdA – Bündnis 90/Die Grünen)

Moderation: Herr Dr. Lüdke (Tierschutzbeauftragter des Berliner Senats)

Ergebnisprotokoll:

- a) Ein großes Missverständnis besteht darin: HundehalterInnen befürchten, dass ihre Hunde die Prüfung nicht bestehen.
 - ⇒ Vorschläge: Umformulierung in HundehalterInnengesetz
 - ⇒ Nochmalige Betonung scheint wichtig, dass es bei der praktischen Sachkunde nur darum geht, den richtigen Umgang mit dem eigenen Hund, so wie dieser eben ist, zu erlernen und das vorzuführen.
 - ⇒ Die theoretische Sachkundeprüfung ist kein Intelligenztest sondern beinhaltet ganz praktische Fragen zur Hundehaltung, wie den Umgang mit Kindern, in der Öffentlichkeit, dem Verständnis hundlichen Verhaltens. Quasi das kleine Ein mal Eins der Hundehaltung, das jeder kennen muss, der einen Hund hält.
 - ⇒ Differenzierung in kleine Hunde und große und die Zusammenfassung von großen und gefährlichen Hunden ist schwierig, vor allem, weil dann groß und gefährlich gleich gesetzt wird. Es besteht die Sorge, dass es dann für große Hunde eine ähnliche Stigmatisierung gibt, wie jetzt für die „Listenhunde“.
 - ⇒ Es gab die Tendenz, große und kleine Hunde gleich zu behandeln.
- b) Das Hamburger Modell, das den Freilauf in Grünflächen zum Anreiz für den Hundeführerschein bietet, wurde sehr positiv bewertet.
- c) So wie die „Grüne Plakette“ beschrieben ist, impliziert sie eine Stigmatisierung: Bessere Formulierung = alle Hunde, die geprüft sind, sollen diese Plakette bekommen.
- d) Sachkundetest muss überarbeitet werden und sollte vorher im Netz diskutiert werden.
- e) Zentrale Datenbank wäre besser als ein landeseigenes Register (positives Beispiel mit Rinderdatenbank) – Problem: Datenschutz, wenn bestimmte personenbezogene Daten verpflichtend nicht verwaltungsintern erhoben werden.
- f) Leinen- oder Maulkorbzwang werden als nicht artgerecht beschrieben, damit würden HundehalterInnen noch mehr „kriminalisiert“.
- g) Der Hundeführerschein wird nicht generell abgelehnt.
- h) Kosten werden grundsätzlich gar nicht so negativ aufgenommen, solange sie im Rahmen bleiben. Im Gegenzug werden Zugeständnisse gefordert:
 - ⇒ eine Lösung für arme HundehalterInnen, niemand soll den Hund abgeben müssen, weil ihm das Geld fehlt
 - ⇒ positive Anreize wären auch Steuererleichterungen
 - ⇒ Erlass von Steuerschulden für die, die ihren Hund anmelden und die Prüfung ablegen
 - ⇒ geprüfte Hunde dürfen in Grünflächen frei laufen
- i) Haltungsverbot aufgrund psychischer Beeinträchtigung/Entmündigung muss besser differenziert werden (Depressionen etc. müssen ausgeschlossen werden)
- j) Der Aspekt mit Führungszeugnis muss differenzierter beschrieben werden

- k) Es fehlen Aussagen, ob und welche Hundeprüfungen als Sachkundetest anerkannt werden.
- l) Es müssen Aussagen getroffen werden, wie künftig Hundebetreuung erfolgen kann, wann Jugendliche Hunde führen dürfen .
- m) Über die richtigen Zeitpunkte der Prüfungstermine und die Wiederholung besteht Beratungsbedarf.
- n) Noch nicht abschließend geregelt: Zucht –Zuchtverbot
- o) Der Kontrollaufwand erscheint nicht leistbar.
- p) Die Kontrollen wären überflüssig, weil die HundehalterInnen, die man erreichen will, sich den Kontrollen entziehen würden.